

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

230 (4.10.1920)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 Pf. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablosen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle: Karlsruherstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restkolonelleile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister

**Getreide und Kartoffeln**  
Berlin, 3. Okt. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am Freitag eine Besprechung mit den Ernährungsministern der Länder stattgefunden, in der die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Fragen der Ernährungswirtschaft einer besonderen Erörterung unterzogen wurden, namentlich die Brotgetreidewirtschaft und die Kartoffelversorgung. Der Wunsch nach einer Erhöhung der Produktion wurde als durchaus verständlich und berechtigt anerkannt, zugleich wurde aber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Erhöhung durchzuführen. Dagegen fand die Anregung Zustimmung, die in Aussicht gestellte geringere Ausmaßnahme von 125 auf 150 Gr. wöchentlich zu erhöhen. Als ein Hauptmittel für die Sicherung der Brotversorgung wurde immer wieder auf eine verstärkte Ablieferung der einheimischen Landwirte und auf eine stärkere Erfassung hingewiesen.

Der Stand der Kartoffelversorgung wurde von verschiedenen Vertretern der Länder wesentlich günstiger beurteilt, als das heute in der Öffentlichkeit geschieht, und zwar führte zu einer günstigeren Auffassung die Tatsache, daß die Kartoffelernte nach den einlaufenden Nachrichten eine gute Mittelernte ist und daß durch den Beschluß vom 29. September eine Einigung zwischen den Organisationen der Erzeuger sowie den Städten und Gewerkschaften über Niederhaltung der Preise zustande gekommen ist. Aus verschiedenen Landesteilen wurde berichtet, daß zwischen den Erzeugern und Verbrauchern unter Führung der Provinzial- und Landesbehörden ein Nebereinkommen getroffen sei, wonach pro Hektar eine bestimmte Anzahl Benter Kartoffeln zu einem Preise von 20 M. und darunter für schlechter gestellte Familien, auch für Arbeiterwitwen, zur Verfügung gestellt werden. Es wurde angetragt, diesem Beispiel in größerem Umfang zu folgen.

In der Besprechung der Milchzeugung wurde darauf hingewiesen, daß der zur Zeit vom Reich zugestandene Höchstpreis auf 1.25 M. gesetzt werden könne.

### Brüsseler Konferenz — Kreditplan und Bürgschaften

Brüssel, 3. Okt. Die Finanzkonferenz prüfte heute die Frage der Kredite. Der holländische Vertreter bemerkte, daß die Ansicht aus, daß jeder Kreditplan Bürgschaften enthalten müsse. Es sei vorzuziehen, nach diesen Mitteln zu suchen und lieber der privaten Initiative Kredite zu gewähren als den Staat. Er schlug die Schaffung einer Darlehenskasse vor, bei der die Handeltreibenden je nachdem ihren bewilligten Kredit Anleihen annehmen könnten. Die Kasse sei durch eine Sondersteuer zu bilden, deren Einkünfte ausschließlich ihr zufließen würden, und die Kasse solle unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden.

### Deutschland und Frankreich

Paris, 3. Okt. (Havas.) Der deutsche Botschafter Dr. Meyer stattete gestern dem Ministerpräsidenten Leigue seinen ersten offiziellen Besuch ab: Meyer versicherte zu wiederholten Malen mit aller Entschiedenheit, Deutschland sei gewillt, den Friedensvertrag in seinem vollen Umfang bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen. Leigue erwiderte demgegenüber, wenn Frankreich den guten Willen Deutschlands bei der Ausführung des Friedensvertrages erkennen könnte, so würde die Regierung der Republik gewillt sein, um die Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen zu erleichtern und um die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern. Der Ministerpräsident fügte bei, daß unter solchen Umständen die Wiederaufnahme und die Entwicklung der Handelsbeziehungen, die durchaus in der Absicht der französischen Regierung liegen, zum gegenseitigen Vorteil der beiden Länder sehr erleichtert würde. Der deutsche Gesandte erklärte, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland insbesondere der deutschen Regierung erwünscht wäre.

### Eine neue Spitzelzentrale in Bayern

München, 2. Okt. Hier ist eine neue Spitzelzentrale entdeckt worden. Wie die Aufgaben der Spitzel zu lösen sind, darüber sagt ein Paragraph eines „streng geheimen“ Dokuments: a) durch die persönliche Beobachtung der Agenten auf der Straße, in den Straßenbahnen, in Wirtschaften und Klubs usw., b) durch den Besuch der öffentlichen und geheimen Versammlungen, c) durch Heranbildung eines Systems von Vertrauensleuten in den Städten München und Fürt, d) durch Ueberwachung politisch besonders tätiger Persönlichkeiten, e) durch Ueberwachung der Organisation und der Maßnahmen aller Parteien, f) durch ständige Fühlungnahme mit Kriminalpolizeibehörden und der politischen Abteilung der Reichswehrbrigade 24 in München, g) durch tägliche Fühlungnahme mit der Presseabteilung. Daneben ist auch jedes andere Mittel zulässig. Hauptsache aber ist und bleibt bei allen Handlungen: strengste Geheimhaltung und größte Unaufrichtigkeit gegenüber der Öffentlichkeit. Die Meldungen sind nur mit dem Decknamen zu zeichnen und stets „An den Kommandeur der Gruppe II“ zu richten. Die Gewährung von Geldmitteln zur Verrichtung von besonderen Aufgaben der Agenten und für Beförderungen bei besonders wertvollen Nachrichten ist beauftragt.

Um ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen, haben dann die Spitzel die Behörden und Verwaltungen mit gefälschten Nachrichten überschüttet, sie haben Unterredungen mit den zu Beobachtenden einfach erfunden. Diese erlogenen Berichte gehen dann an die Behörden und danach treffen diese dann Anordnungen.

### Die Neuwahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten

Berlin, 3. Okt. Vom Arbeitsministerium wird uns gemeldet: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Frühjahr 1920 führte dahin, daß sich bei den Neuwahlen der Richter zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht in bezug auf die in der Verordnung vom 12. Mai vorgesehenen Zuständigkeitsgrenze von 15 000 M. Schwierigkeiten ergaben. Das Reichsarbeitsministerium arbeitet daher einen Antrag zur Abänderung der Verordnung vom 12. Mai vor, in der die Einkommensgrenze erheblich heraufgesetzt werden soll. Es empfiehlt sich daher, die Wahl noch bis zum Inkrafttreten der neuen Verordnung hinauszuschieben.

### Riesenwaffenschreibungen

#### Verfahren gegen den Erbprinzen v. Hohenlohe

Wie die Korrespondenz v. S. erfährt, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Alton-Prozess bekannten Erbprinzen Gottfried v. Hohenlohe-Rangenburg, einen Mitstreiter v. Anruh und Oberleutnant Tölz bei der Staatsanwaltschaft III ein Verfahren wegen einer beschuldigten Verführung von 2 Millionen deutscher Gehekre in Holland anhängig gemacht worden. Die drei genannten Herren wurden am 28. vorigen Monats auf Anordnung des Kommissars für Entwaflnung, Dr. Peters, verhaftet und der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III zur Vernehmung vorgeführt. Nach Eröffnung des Verfahrens wegen Verführung gegen das Entwaflnungsgesetz vom 7. August 1920 wurden die Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

### Streik im Berliner Zeitungsgewerbe

Berlin, 2. Okt. In einer von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände einberufenen Versammlung der Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes ist gestern abend der Streik beschlossen worden, der schon heute früh begonnen hat. Der Transportarbeiterverband, dem das Fabrik- und Küsträgerpersonal angehängt, hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. Der Streik ist veranlaßt durch eine neue Forderung auf Gehaltssteigerung. Trotz der erkennbar gemachten Bereitwilligkeit der Verlage, einen Kampf zu vermeiden, sind die Angestellten ohne Anrufung des Schlichtungsausschusses in den Streik getreten. Die Stellung der Zeitungen scheint nicht gefährdet, doch ist die Zustellung bereits mangelhaft.

### Zerfällt die Entente tatsächlich?

Wien, 3. Okt. Der Sonderberichterstatter des Londoner Blattes „Daily Chronicle“ schreibt zur Rede des amerikanischen Delegierten Wood auf der Brüsseler Finanzkonferenz, England könne es sich nicht leisten, sich die weitausgehendste Schwierigkeit der Lage Europas noch länger zu verhehlen. Frankreich habe sich von England getrennt. Es bestehe nicht nur eine Spaltung in der Entente, sondern für wichtige Zwecke verleihe die Entente kaum noch. Nachdem in Spa Lloyd George versucht habe, die Grundlagen zu finden, auf denen die Gesamtentscheidungsfrage Deutschlands in kurzer Zeit festgelegt werden könne und nachdem ihm dies nicht gelungen sei, habe er ein neues Zusammenreffen mit den Deutschen in Genf vorgeschlagen. Millerands Weigerung sei ein über den Schleg gewesen. Die Darlegung Woodens, daß die Sieger dem Besiegten entgegenkommen und ein fester Friede, sowie eine wirkliche Einigung zustande kommen müsse, ehe Amerika Hilfe leisten könne, sei ein Kommentar zu den bestehenden Tatsachen gewesen. Der Berichterstatter schließt: Man darf fragen, ob auf der Versammlung des Völkerbundes, die Mitte November stattfindet, die britischen Delegierten nicht ebenso sprechen sollen wie Wood, wenn unsere Freunde in Paris dann noch immer unverwundlich sind.

### Drohender Verkehrsstreik in Belgien

Brüssel, 3. Okt. Eine durch die Gewerkschaften der Eisenbahn-, Post-, Telefon- und Telegraphenangehörigen einberufene Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Annahme des Achtstundentages verlangt wird, widrigenfalls das Personal in den Streik treten werde.

### Von der englischen Bergarbeiterbewegung

London, 3. Okt. Nach Zeitungsmeldungen haben die Grubenbesitzer den Bergarbeitern eine Lohnsteigerung um 1 Schilling pro Tag vorgeschlagen, wenn die Jahresproduktion 240 Millionen Tonnen übersteigt. Nach den bisherigen Bedingungen wollten die Grubenbesitzer eine tägliche Lohnsteigerung von 1 Schilling gewähren bei einer Jahresproduktion von 242 Millionen Tonnen, von 2 Schilling bei 250 Millionen Tonnen und von 3 Schilling bei 260 Millionen Tonnen.

Die Bergarbeiter haben beschlossen, die Erklärung des Streiks bis zum 16. Oktober hinauszuschieben. Sie werden am 11. und 12. Oktober über die neuen Vorschläge der Grubenbesitzer abstimmen, worauf am 14. Oktober eine Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter stattfinden wird.

Nach einer Londoner Meldung sollen in Schottland bereits mehr als 10 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. In London war die Nachricht verbreitet worden, Smilie der Vorsitzende der Bergarbeiterbewegung, sei zurückgetreten, obwohl der Sekretär der Gewerkschaft die Nachricht dementierte, sei der Abgang Smilies durchaus wahrscheinlich.

### 12 000 deutsche Kriegsgefangene in Sibirien

Berlin, 2. Okt. Wie die „Telegr.-Union“ erfährt, sind nach zuverlässigem Material, das in Berlin vorliegt, 15 000 Kriegsgefangene aus Sibirien bereits zurückgeführt, 10 000 sind noch zurückzuführen. Die Gesamtzahl der in ganz Rußland befindlichen Kriegsgefangenen aller Nationalitäten beträgt 150 000.

### Zum ersten Betriebsräte-Kongreß!

Von Theodor Thomas

„Das Betriebsrätegesetz ist Kampfboden!“ Mit diesen Worten schließt einer der Leitende, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund aufgestellt hat. Diese vier Worte führen uns gleich mitten hinein in den Geist, der den ersten Kongreß beherrschen wird. Kampf! Kampf um die Organisation, um die Form, um die Idee. Fortsetzung der Erörterungen, die wegen des Betriebsrätegesetzes durch die Arbeiterbewegung gehen, die mit dem 9. November begonnen haben und in denen der blutige Nachmittag vor dem Reichstag nur eine Etappe war. Der erste Kongreß, der vom 5. bis 7. Oktober in Berlin zusammentritt, hat sich also nicht bloß mit der Organisation zu beschäftigen. Darüber könnten sich die elfhundert Delegierten, die da zusammen kommen, bald einigen. Es wird in der „Neuen Welt“ in Berlin ein Ringen um die höchsten Güter der Arbeiterbewegung stattfinden, um die Seele des Proletariats, um seine Kampfkraft, um alle, liebgeordnete Organisationseinrichtungen, um Neues, das da werden will.

Verschiedene Richtungen streiten um die Palme. Auf der einen Seite die Betriebsrätezentrale in Berlin, die seit Wochen im „Arbeiter-Rat“ die Stimmung für die Tagung vorbereitet. Der reine Rätegedanke will ja als Ziel die Räte politisieren, er will ferner die gesamte Produktion in die Hand nehmen und die Sozialisierung aller Gewerbe durchführen. Das geht natürlich weit über die heutigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus; dessen ungeachtet erstrebt die Rätezentrale mit ihrem Entwurf diesen Zustand — gegen die Gewerkschaften, die in der Sache selbst, also im Ziel, auch weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinauswollen, nur eben mit dem Unterschied, daß der Gewerkschaftsbund mit beiden Füßen auf der Erde bleibt und an Bestehendes anknüpfen will.

Das BWG soll der erste Schritt sein zur Demokratisierung der Wirtschaft, die Vorstufe zur Sozialisierung. Diesen Gedanken hat der Gewerkschaftsbund vom Nürnberger Gewerkschaftskongreß bis zur Stunde konsequent durchgeführt. Das kommt noch zuletzt in den Richtlinien zum Ausdruck, die eine Konferenz der Gewerkschaftsführer im Juli 1920 aufstellte, wobei auch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) beteiligt war. Dort heißt es unter anderem: Das Betriebsrätegesetz ist als Kampfboden zur Eringung des vollen Mitbestimmungsrechts in den Betrieben und zur Vergeistlichung der Produktion anzusehen. Im derzeitigen Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Konferenz erklart die dringende Aufgabe der Betriebsräte in der Einarbeitung in die Warenerzeugung und Warenverteilung, der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten, der Lösung der sozialen und Berufsfragen, der Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten, desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen, Kommissionen zu wählen für soziale und Berufsfragen, für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten und für Wirtschaftspolitik. Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabentritt ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Anestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgentreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Zum grundsätzlichen kommt dann die Organisationsform, um die ebenfalls harte Kämpfe entbrennen werden. Hier wird der Versuch wiederholt werden, die Gewerkschaften auszuwickeln und den Betriebsrat als den allein maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Faktor zu bestimmen. Das würde natürlich völlige Abkehr bedeuten von den Gewerkschaftserfahrungen. Die Gewerkschaften müssen in dieser Hinsicht aber hart bleiben, sie dürfen sich die Zusammenfassung der Betriebsräte nicht aus der Hand nehmen lassen, nur sie dürfen für wichtige Entscheidungen wirtschaftspolitischen Art zuständig sein, keine politische Partei, keine Nebenorganisation. Sobald die wirtschaftlichen Bedingungen sich wieder geändert haben werden die Lohnkämpfe mit neuer Schärfe auftreten, da gehören Betriebsräte und Gewerkschaften zusammen. Die politischen Räte würden wirtschaftliche Anarchie bringen, besonders die Arbeiterschaft würde durch sie geschädigt. Das russische Beispiel warnt uns. Die Aufgabe, die Betriebsräte zu organisieren, ist schwer. Es muß versucht werden, hier das Gesetz zu forrieren und dem Unternehmertum eine straffe Organisation gegenüberzustellen. Das Gesetz gibt den Betriebsräten nur wenig Machtmittel; die geschlossene Betriebsrätefront muß ihnen den Rücken stärken, um die Demokratisierung der Wirtschaft, die Sozialisierung der



nach dem Parteitag, ebenfalls zum bedeutend ermäßigten Preise für die Mitglieder. Ferner seien die nachstehenden Neuerwerbungen höchstens empföhlen, die in ihren Beziehungen zu den vorerwähnten Parteitagshandlungen von großem Wert sind und zwar: Scheidemann-Müller, „Neuer Deutschlands bürgerliche Bewegung“, Preis 1,25 M.; Arbeitersekretär Müller: „Der Werdegang des sozialdem. Programms“, Preis 3 M.; A. Braun: „Der internationale Kongress in Genf“, Preis 2 M. — Die von den Organisations- und Umlauf gesehene Sammelbestellungen auf das Parteitagprotokoll und die anderen empfohlenen Schriften sind an unsere Parteibuchhandlung möglichst bald zur Belieferung einzuliefern. Hauptsächlich zeitigt die Subskription einen guten Erfolg.

**Sowjetrußland in der Wirklichkeit**

Aus der Feder unseres Parteigenossen Dr. A. Gelin ist jenen im Verlag von A. G. W. Dieckhoff eine Schrift erschienen: „Sowjet-Rußland in der Wirklichkeit“, die in objektiver, von einer leidenschaftlichen Liebe zu Rußland erfüllten Form das Leben im Sowjetrußland schildert, wie es sich gegenwärtig für den objektiven Beobachter darstellt. Aus dem reichen Inhalt heben wir die folgenden Kapitel hervor:

Die russischen Kommunisten. — Die politischen Parteien. — Die äußere Politik. — Die rote Armee. — Die Arbeiter und die Sowjetregierung. — Die Bauernfrage. — Kirche und Staat. — Antisemitismus und Pogrome. — Das soziale Problem. — Bildung und Kunst. — Die Ernährungsfrage. — Ursprung der Sowjet-Bourgeoisie. — Die russische Intelligenz in der Revolution. — Die Sowjetbeamten und anderes.

Wir können die Schrift als einen der wertvollsten Beiträge über Rußland, das russische Volk, und die Zustände in dem Reichreich allen, die darüber nach Aufklärung verlangen, aufs dringendste empfehlen. Der Preis der Schrift ist 6 M.

**Die Hagenstiehl-Angelegenheit**

**II.**

**Hagenstiehl**

Als das Arbeitsministerium Anfang April 1919 mit den Arbeiten der Gründung der Siedelungs- und Landbank betraut wurde, fand es bereits den Plan, in der Nähe von Pforzheim im Hagenstiehl auf dominanzrechtlichem Grund und Boden eine Siedlung zu errichten, vor. Die Abtretung des Geländes beruht den Geschäftsverträgen des Arbeitsministeriums nicht. Es war vielmehr ein Privatvertrag zwischen dem Finanzministerium (Forst- und Domänenabteilung) und der Siedelungs- und Landbank abgeschlossen. Nur einmal seit der Gründung der Siedelungs- und Landbank griff der Arbeitsminister in personeller Angelegenheiten ein. Dies betraf die Anstellung des Leiters, des Hagenstiehl-Unternehmens, Herrn Württemberg. Von einem Landtagsbeschlusse wurde dem Arbeitsminister mitgeteilt, daß Herr Württemberg während seiner Tätigkeit bei der Landwirtschaftskammer, insbesondere auf dem Gut in Pforzheim, zu Beantwörungen Veranlassung gegeben hätte. Der Arbeitsminister beauftragte seinen Vertreter im Aufsichtsrat, auf diese Beantwörungen aufmerksam zu machen. Der Aufsichtsrat schloß sich den vorgelegten Beantwörungen nicht an, sondern betraute Herrn Württemberg mit dem Arbeiten im Hagenstiehl.

Nach § 11 des Geschäftsvertrages übernahm der Aufsichtsrat die Geschäftsführung. Um eine strengere Kontrolle des immer größer werdenden Unternehmens herbeizuführen, ernannte der Aufsichtsrat eine Geschäftsaufsichtskommission, die sich aus einem Vertreter des Staats, der Landwirtschaftskammer und der Städte zusammensetzte. Eine der Arbeiten im Hagenstiehl begannen wurden, erforderte die Bank abermals sachverständige landwirtschaftliche und geologische Gutachten. Dies ist dem Landtag und der Öffentlichkeit bekannt.

Dem Aufsichtsrat der Siedelungs- und Landbank gehören zudem hervorragende landwirtschaftliche Sachverständige an und zwar die Herren Oekonomierat Feder, Oekonomierat Müller, Direktor der Landwirtschaftskammer, sowie Staatsrat Weishaup. Auch sonst gehören dem Aufsichtsrat Mitglieder an, die an beratungswirksamer Stelle im Lande Baden stehen. Es schienen sonach alle Voraussetzungen für eine strenge Geschäftskontrolle und für ein gutes Gelingen des Werkes gegeben. Die Berichte, die vom Hagenstiehl-Unternehmen dem Arbeitsministerium gegeben wurden, lauteten außerordentlich günstig. Die Arbeiten schritten rasch voran. Ein Grund, die Tätigkeit der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats mit Misstrauen zu betrachten, bestand daher nicht. Erst bei den Mitte Juni 1920 eingeleiteten Untersuchungen ergab sich, daß die Geschäftsführer in großem Umfange Maßnahmen getroffen haben, von denen nicht einmal der Aufsichtsrat Kenntnis hatte, Maßnahmen, die mit dem § 8 des Geschäftsvertrages, der den Geschäftsführern Richtlinien über ihre Tätigkeit vorschreibt, im schärfsten Widerspruch standen. Da über diese Maßnahmen weder die Geschäftsaufsicht-

kommission, noch eines der Mitglieder des Aufsichtsrats selbst Kenntnis erhielt, konnte auch das Arbeitsministerium über die Vorgänge nicht unterrichtet sein. Die Geschäftsführer haben entgegen den klaren Bestimmungen des Geschäftsvertrages gehandelt, und sie werden deshalb in erster Linie die Verantwortung und die Folgen zu tragen haben. Ob bei dieser Sachlage dem Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit oder in einzelnen etwa die Geschäftsaufsichtskommission oder den Vorsitzenden des Aufsichtsrats eine Verantwortung und welche trifft, wird die gerichtliche Untersuchung wohl feststellen.

Das Arbeitsministerium oder den Arbeitsminister also mit den Maßnahmen, welche die Organe der Bank unter alleiniger Verantwortung getroffen haben, verantwortlich zu machen, ist nach der gegebenen Darstellung unzulässig und muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.

**Badische Politik**

**Die Alten und die Jungen der Offenburger U.S.R.**

In Offenburg, dem Sitze des Dalai Lama der badischen U.S.R., ist eine Palastrevolte gegen den Spiritus Rector der Parteizentralleitung ausgebrochen und das kam so: Von den 800 auf dem Papier stehenden Mitgliedern der Offenburger U.S.R. sind in einer Versammlung 85 Mann zusammengekommen, um über für oder wider die Unterzeichnung der 21 Moskauer Diktatpunkte abzustimmen. 22 Mann stimmten für Anschließung an Moskau und 13 dagegen. Da Adolf Ged selbst nicht mit dabei war und anscheinend in seinen alten Tagen den Umzug nach Moskau doch nicht mehr mitmachen will, schrieb er in seinem „Alt Offenburger“ eine etwas spitzige Notiz gegen den Beschluß, indem er sagt: „Der Bericht scheint nicht klar zu sein. Es handelt sich um die Frage eines Anschlusses unter Anerkennung der 21 Bedingungen, welche den deutschen Unabhängigen von den russischen Kommunisten diktiert wurden. Dagegen wenden sich das Referat Dietrichs und die 13 Stimmen aus der älteren Parteigenossenschaft. Von den nahezu 800 hiesigen Mitgliedern ist der achte Teil an der Entscheidung beteiligt. Es wird bei der Delegiertenwahl eine Abstimmung stattfinden.“

Diese Anrempelung wird aber in einer Zuschrift an die „Soz. Republik“ wie folgt pariert:

Kun-ist Tatsache, daß sich unter den 13 Gegenstimmen nicht Lauter, sondern nur ganze zwei ältere Parteigenossen: Haberer und Gansler befinden. — Gen. Ged, der wider Erwarten die Aufforderung der hiesigen Parteileitung, das Referat zu halten, abgelehnt und deshalb Dietrich-Namens geholt werden mußte, ferner den beiden Versammlungen nicht anwesend hat, scheint einer weniger in Ordnung stehenden Berichterstattung zum Opfer gefallen zu sein. Die hiesige Parteigenossenschaft hat sich mit erheblicher Mehrheit für die Annahme der Bedingungen entschieden. Daran ändern auch die festgeschlagenen „Eidelleien“ des Gen. Ged nichts mehr. Nicht unerwähnt aber soll bleiben, daß einer seiner wenigen Ablehnungsfreunde, der Genosse und Stadtrat Steiner, es gleichfalls nicht für nötig gefunden hat, der wichtigen und entscheidenden Versammlung anzuwohnen. Wie man vernahm, soll sich Gen. Steiner an Versammlungsende unter den Jahrmärtsbesuchern befunden haben.

Das ist ja sehr niedlich. Die „Alten“ bleiben überhaupt weg und gehen z. B. sogar lieber den Jahrmärtsstrüdel dem U.S.R. Trüdel vor. Derweilen machen die „Jungen“ unter der Führung eines A. Wäß den Krampf. Wahrscheinlich Adolf Ged erlebt in seinen alten Tagen wenig Freude an seiner politischen Sprödigkeit und wenn das so weiter geht, wird ihm aus seiner Lebensarbeit außer der Freude an seiner „Qualifikation zum Referatsoffizier“ nicht mehr viel übrig bleiben.

**Das Ergebnis der Reichstestern in Baden**

Eine amtliche Pressenotiz nimmt Stellung zu den von Zeit zu Zeit immer wieder aufzunehmenden Nachrichten, wonach in Baden die Veranlagung zu den Reichstestern des Reichs im Rückstand liege. Es wird betont, daß die Reichstestern in Baden durchgeführt werden. So ist die Veranlagung zur Kriegsgeldabgabe vom Einkommen für das Jahr 1919 in Baden abgeschlossen und hatte ein Ergebnis von 100 Millionen Mark. Die Veranlagung zur Kriegsgeldabgabe vom Vermögenszuwachs für das Jahr 1919 ist zum überwiegenden Teil vollzogen und hatte bis jetzt ein Ergebnis von rund 142 Millionen. Die Veranlagung zum Reichsnotopfer und zur Vermögenssteuer ist überall im Gange. Die Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer haben in Baden bis heute die Höhe von 25 Mill.

erreicht. Weiter wird mitgeteilt, daß die vorläufige Veranlagung zur Einkommensteuer aller derjenigen, die die Steuer nicht durch Lohnabzug entrichten, im ganzen Lande in der Hauptsache durchgeführt ist. Die Steuererhebung durch Lohnabzug vollzieht sich in Baden reibungslos.

**Mangel im Besoldungsgezet**

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns: Wie allgemein bekannt, enthielt das frühere badische Besoldungsgezet gewisse Härten. So z. B. war es infolge der Dreiteilung oder Fünftelung von gleichwertigen Dienststellen einem Teil von Beamten oft erst nach vielschichtigen Unterredungen der Zulagenbewilligungen möglich geworden, in fogenannte gehobene Stellen einzurücken. Die Einrückung konnte nur bei einer Stellenvermehrung durch Erhöhung des Drittels und Fünftels oder nach Ableben oder Zurücksetzung von Beamten in gehobenen Stellungen erfolgen. Es war somit eigentlich Ursache der betreffenden Beamten, wenn sie in gehobene Stellen aufrücken und alsdann wieder Zulagen erhalten konnten.

Das neue Besoldungsgezet enthält leider keine diese Härte beseitigende Bestimmung. Es wird deshalb Aufgabe der Landesregierung sein, bei der Nachprüfung des Gesetzes eine Milderung dieser Härte durch Einfügung der nachstehenden Bestimmung in § 7 des Besoldungsgezes herbeizuführen:

„Beziehen von den Beamten auf gleichwertigen Dienststellen ein Teil der Besoldung nach der nächsthöheren Besoldungsgruppe, dann treten die Beamten der niederen Besoldungsgruppe spätestens in die nächsthöhere Besoldungsgruppe über, sobald sie den Höchstgehalt der niederen Besoldungsgruppe erreicht haben und erhalten alsdann die weiteren Zulagen nach der höheren Besoldungsgruppe.“

Mit der Aufnahme dieser Bestimmung würde nicht nur ein Hauptmangel in dem Besoldungsgezet behoben und eine Verulkung der betroffenen Beamten erreicht werden, sondern es würde auch zum Vorteil der Staatskasse einer Krübung der Arbeitsfreude bei den in Frage kommenden Beamten begegnet werden.

**Etwas, was man nicht für möglich halten sollte**

Die Namh. „Volkstimme“ druckt den Wortlaut eines Offizierpatentes ab, das gegenwärtig (!) d. h. zwei Jahre nach Konstituierung der deutschen Republik an über 4000 Offiziere verhandelt wird. Das Patent mit seinem wunderbaren Schranzenstil lautet:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen usw. tun kund und fügen hiermit zu wissen. Nachdem Wir resoliert haben, den (militärischen Rang) der Landwehr außer Dienst, jetzt im . . . . . (Name) wegen seiner guten Eigenschaften und erlangten Kriegserkenntnisse zum . . . . . in Gnaden zu ernennen und zu bestellen. So tun Wir solches auch hiermit und in Kraft dieses Patents dergestalt: daß Wir und Unsere königlichen Gnade dergestalt ferner getreu, hold und gehorsam sein, Unsere Gnade suchen und begehren, Schaden und Nachteil aber verhüten, warnen und abwenden, was ihm von seinem Vorgesetzten aufgetragen und anbefohlen wird, bei Tag und Nacht, zu Wasser und zu Land, mit Fleiß und Applikation ausführen, auch bei allen vorkommenden Kriegsereignissen mit williger und ungeschonter Daransetzung seines Leibes und Lebens sich ferner dergestalt verhalten und bezeigen solle, wie es einem getreuen Diener und rechtschaffenen kriegserfahrenen Offizier eignet und gebühret, auch dessen Eidespflicht es gemäß ist.

Dagegen wollen Wir Unsere nunmehrigen (Rang und Name) bei diesem Dienststrafe und allen damit verbundenen Privilegien und Gerechtigkeiten jederzeit in Gnaden schätzen und unterstützen.

Des zu Urkund haben Wir dieses Patent Eigenhändig unterschrieben und mit Unserer Insignien bekräftigen lassen. So geschahen und gegeben: Großes Hauptquartier . . . . . (Ort) am . . . . . (Tag) 1920. Wir fragen: Wer bezahlt die Kosten, die diese Urkunden erfordern? Sollte es nicht angängig sein, diese Mittel lieber den Kriegsbeschädigten zuzuwenden, als noch heute in der Republik eine solche schandbare Verherlichung des Absolutismus zu unterstützen. Glaubst man auf diese Art „gute“ und „treue Diener“ für die Monarchie frisch zu halten?

**Staatsjagden**

Aus dem Ganauer Land schreibt man uns: In der Nähe von Rudenschopf, Amt Rehl, befinden sich Staatsgüter, auf denen der Staat die Jagd durch staatliche Forstbeamte ausüben läßt. Es dürfte dies nicht der einzige Fall in Baden sein. Dieser Modus ist jedoch für den Staat sehr unrentabel, denn würde derselbe diese Jagden öf-

**Der Untergang des Abendlandes durch die Geschlechtskrankheiten**

Der aufsehenerregende Bericht des Dr. Loeser auf der Naturforscherversammlung in Naumburg, daß jedes 25. in Deutschland geborene Kind schon bei der Geburt syphilitisch wäre, hat die „N. N.“ veranlaßt, den bekannten Berliner Spezialarzt, Kollegearzt A. Dr. D. Dr. D. Dr. D., Mitglied des Reichsrates zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im preussischen Gesundheitsministerium zu bitten, ihnen darüber nähere Auskunft zu geben. Dr. D. Dr. D. machte folgende Mitteilung:

Ob diese Zahl genau stimmt oder nicht, kann erst festgestellt werden, wenn der Vortrag Loesers und seine Begründung vorliegt. Aber unwahrscheinlich klingt die Zahl für den Kenner der in Frage kommenden Verhältnisse nicht. Daß die Steigerung der Geschlechtskrankheiten in Deutschland infolge des Krieges, infolge des Sittenverfalls und infolge eines großkapitalistisch geformten Optimismus für bestimmte Heilmittel eine enorme ist, das beweisen eine Reihe von feststehenden Zahlen. So betrug die Zahl der bei allen Ostseestranden in Braunschw. im Jahre 1914 bereits 390, im Jahre 1915: 423, 1916: 448, 1917: 682, 1918: 2050 und 1919: rund 3500, also eine Steigerung um ungefähr das Sechsfache. In Sachsen und Württemberg z. B. und auf dem platten Lande erleben wir ähnliche Steigerungen. Auch auf die Jugendlichen hat sich bereits diese Steigerung erstreckt. In Leipzig wurden in der Universitäts-Gaullinik 39 geschlechtskranke Jugendliche aufgenommen. 19 davon waren 17 Jahre, 18 davon 16, 6 davon 15 Jahre und ein Patient 14 Jahre. Berechnet auf die Gesamtzahl der Geschlechtskranken der Klinik bedeutet das ein Anteil der Jugendlichen von rund 6 Prozent. Man schätzt die Zahl der Geschlechtskrankheiten in Deutschland auf rund 6 Millionen. Bei dieser Gelegenheit sei die Frage aufgeworfen, warum die Reichsregierung bei der Spezialarzt Ende 1919 erfolglos Luftfrage bis heute noch nicht ergriffen sind. Diese Zahlen würden zwar auch keine genaue Aufklärung bringen, da dies nur eine allgemeine, gleiche und distrete Angelegenheit ist. Wir freuen uns allmählich russischen und türkischen Verhältnissen entgegen. Dort gibt es Distrikte, wo bis zu 70 und 80 Prozent der gesamten Bevölkerung syphilitisch sind. Die gewaltige Steigerung in Deutschland ist ein Zeichen dafür, daß sowohl der Staat als auch die vor 18 Jahren gegründete Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht Reichtums erreicht haben, denn an den Früchten müßte man sie erkennen. Die

einzigste Maßnahme, die von der Preussischen Landesversammlung als wirksam beschlossen worden ist, nämlich die Einführung der allgemeinen, gleichen und distreten Anzeige- und Behandlungspflicht an ein zu strengem Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt ohne Namensnennung der Patienten, wie sie in Amerika mit größtem Erfolg bereits seit einigen Jahren existiert, wird nicht nur von gewissen Beamtenkreisen, sondern auch von der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und namentlich von den Dermatologen mit allen Mitteln bekämpft. Kann hätte das preussische Parlament sein Votum zugunsten der distreten Anzeigepflicht abgegeben (25. 2. 1920), da veranlaßt die Dermatologische Gesellschaft und die Universitäts-Dermatologen selbst solche, welche früher mit Einsetzung ihrer Autorität dafür eingetreten waren, Protestkundgebungen und traten dafür ein, daß der Arzt je nach seinem Verhalten sich die zu meldenden Patienten auszuwählen solle (beschränkte Anzeigepflicht). Diese war aber bereits von 1835 bis 1905 in Preußen Gesetz, und nach Ministerialdirektor Kirdner hat sich noch ein Arzt um dieses Gesetz gekümmert, d. h. eine Anzeige erstattet. Die öffentlichen Beratungsstellen für Geschlechtskranke haben völlig verlagert. Dies beweist die amtliche Statistik. In Deutschland waren 1919 rund 122 Beratungsstellen. 1918 kamen insgesamt 33 078 Personen zur Beratung, d. h. es entfiel auf jede Beratungsstelle bloß täglich eine zu beratende Person. Die laufenden Kosten des Betriebes lediglich für die Beratungsstellen beliefen sich 1918 auf 382 638 M.; die Behandlung, die außerhalb der Beratungsstellen, in Krankenhäusern, bei Privatärzten usw. stattfindet, kostete ebenfalls Hunderttausende von Mark. Unter diesen Umständen würde jeder Patient rund 10 M für seine Beratungen gelistet haben. Diese hohen Ausgaben können erspart werden, wenn, wie bei der allgemeinen, gleichen und distreten Anzeigepflicht jeder deutsche Arzt von Staats wegen verpflichtet wird, nicht nur zu beraten, sondern auch gleichzeitig und deswegen billiger zu behandeln.

Das furchtbare Unglück, welches Deutschland aus dem Anschwollen der Syphilis die sich nach einem Worte der Bibel fortspinnend bis ins vierte Geschlecht, so rasch als möglich, unbekümmert um alle von Interessenten aufgetriebenen Hindernisse die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Sonst droht uns der Untergang wie Rom und Sella.

**Theater, Kunst und Wissenschaft**  
**Badisches Landesstheater**

Mit der Neueinstudierung der „Lustigen Weiber von Windsor“ hat die Oper wieder eine Arbeit geleistet, die höchste Aner-

kennung verdient. Hans Langes Regie ist großzügig in jeder Hinsicht; nicht nur, daß er den Juxter Spärlisch zum Fenster hinauswirft, er weiß Chöre und Ensembles in wirkungsvollster Lebendigkeit über die Bühne zu führen. Die außerordentlich gefälligen Bühnenbilder, die er und sein Stab zusammengestellt haben, unterstützen die schöne Bewegung des Spiels bestens. Dazu kam das glänzende Orchester unter Alfred Lorenz, der die trotz aller Instrumentationsmerkmale doch sehr mozartnahe Musik Nicolais wirklich tollendet zum Erlingen brachte. Schon seine schonungsvolle Vermittlung der Ouvertüre fand sehr beifallfreundliche Aufnahme.

Karl Giese's Rollstift ist eine durchaus stilvolle Figur, nicht zuletzt in der Maske vorzüglich getroffen. Gesangslich war der ausgezeichnete Künstler wieder ganz auf der Höhe. Neben ihm bildete Marie v. Ernst leidenschaftlich und leichtstimmige Frau Pluth den eigentlichen Mittelpunkt der Aufführung. Um sie gruppierten sich die übrigen denkbar glückliche. Max Wünners als ihr eifersüchtiger Gatte war trotz seiner heillosen Stimme eine trefflich gefasste Gestalt. Sehr hübsch und stimmlich hervorragend war die bestens eingeführte Lotte Lange-Bake als Jungfer Anna. Ihre Eltern wurden von Agnes Herrmann (a. G.) und Gottfried Hagedorn gegeben. Den Fenta sang Franz Schwertli mit schöner Stimme; etwa verlickter hätte der Szene im Garten nichts geschadet. Neben dem famosen Duo von Eugen Rainbach und Fritz Gande ist noch des feinen gespielten Kellers von Hermann Lindemann zu gedenken. — Der hümmliche Beifall des gut besuchten Hauses durfte das Interesse an der ausgezeichneten Vorstellung sichern.

**Zur Kritik der Ausstellung im Kunstverein**

Man schreibt uns aus Künstlerkreisen: Im „Karlstrußer Tagblatt“ verfußt Herr Th. W. die Leitung der Kunstausstellung der „Bad. Woche“ gegen die Angriffe in verschiedenen hiesigen Zeitungen zu verteidigen. Er will es, wie er sagt, nicht mit Stillschweigen übergehen, wenn führende Zeitungen auf ganz gewöhnlichen Klatsch hin ihre Spalten für Verleumdungen zur Verfügung stellen“, und meint, der „soziale Apoll“ hätte es dem „Volkstreck“ angetan, daß er dem Vorstoß Aufnahme gewährte.

Es ist richtig, daß die opponierenden Künstlerkreise zunächst das soziale, d. h. das wirtschaftliche Interesse der Kunstlerchaft im Auge hatten. Ihr Kampf richtete sich gegen das veraltete Juramessen. Herr Prof. Stork schaltete hierbei aber nicht ausübender Künstler vollkommen aus. Die Kritik richtet sich lediglich gegen die Herren Goebel und Gou-

fentlich versteigern, wie dies die Gemeinden mit ihren Jagden tun, dann würden dem Staat dadurch jährlich viele Tausende von Mark zufließen.

Steinkohle in Baden

Aus Offenburg wird der Mannheimer „Volkstimme“ berichtet: Im nahen Tale von Reichsbach (auf dem rechten Ufer der Kinzig, gegenüber den linksufrigen alten Kohlen-

Der Offenburger Stadtrat hat bereits im vorigen Jahre bei der bad. Regierung die Wiederinbetriebnahme der alten Kohlengruben im nahen Reichsbach, in Hagendach und Diersburg in Anregung gebracht, mußte sich damals aber mit einem abschlägigen Bescheid zufriedengeben.

Es scheint uns nun doch an der Zeit, daß der badische Landtag sich die neueste Entwicklung der Frage der Kohlen-

Zur Schiffarmachung des Oberrheins

Bei der Eröffnung der Karlsruher Schiffbauausstellung hielt Oberbürgermeister Rehbach, der Vorsitzende des Rheinischschiffbau-

Schon um die Wende des Jahrhunderts haben einige Ingenieure, darunter der Schweizer Ingenieur Gelpke, die Möglichkeit erkannt, den Rhein bis zum Bodensee der Großschiff-

Die Ueberzeugung von der Durchführbarkeit dieser Idee drang aber trotz aller Zweifel in immer weitere Kreise und im Jahre 1907 gelang es dem Karlsruher Großindustriellen Stro-

eisen, die besser getan hätten, sich selbst zu verteidigen, wie sich auf die abstrakte Dialektik des Herrn D. zu verlassen.

Die opponierenden Künstler wollen nichts anderes, als was die Herren Goebel und Gauseisen selbst schon gemollt haben.

Die Jubiläumsausstellung. Wie von uns vorausgesehen wurde, hat die Jubiläums-Ausstellung die eingeleiteten Bilder der badischen Aussteller zum großen Teil zurückgewiesen, und zwar trifft diese herbe Beleidigung nicht etwa Anfänger, sondern eine Reihe von Künstlern und Künstlerinnen von bewährter Tüchtigkeit und anerkannter Bekanntheit.

Eine außerordentliche Minderheitsliste und eine unerfessliche Schädigung badischer Interessen ist es aber, gerade bei Gelegenheit eines hohen Festes von so speziell badischem Charakter diejenigen Künstler auszuschließen, welche durch mehr als zwanzig Jahre die badische Kunst mit Kraft und Ehren vertreten haben.

Fast 11 Jahre sind nun verfloßen, seit ich am 22. November 1909 im Arbeitsausschuß des Rheinischschiffbauverbandes die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Gewinnung von Entwürfen für den Schiffbauweg zum Bodensee beantragt habe.

Wie während der ganzen Vorbereitungen des Wettbewerbs und seiner Beurteilung schweizerische und deutsche Verbände und Ingenieure einmütig zusammengetreten sind, so sind auch die beiden an erster Stelle preisgekrönten Entwürfe aus der freundschaftlichen und gemeinschaftlichen Arbeit schweizerischer und deutscher Ingenieure hervorgegangen.

Gibt es doch in ganz Europa keine zweite Stelle, an der die Gewinnung gewaltiger Energiemengen zusammen mit dem Ausbau einer wichtigen Wasserstraße sich in gleich vorteilhafter Weise bewerkstelligen läßt als auf der Oberseinstrecke Rheinfelden-Bodensee.

Soziale Rundschau

Die Tarifverhandlungen der Versicherungsangestellten

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat die vom 25. bis 27. September ds. J. in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlungen zum Scheitern gebracht.

Die Lage des Arbeitsmarktes weist in der letzten Septemberwoche eine tiefe Besserung auf. Die härtere Arbeitsaufnahme in der Woll-, Garmentindustrie und in der Seidenweberei hält an.

Die Jugendfrage auf dem Parteitag

Der Parteitag in Gießen hat eine große Menge wichtiger für die Partei bedeutungsvolle Arbeit zu leisten. Es wird ihm kaum möglich sein, zu allen Fragen, die erörtert werden müßten, Stellung zu nehmen.

viele größeren Zeitungen das Lob und die Herrlichkeit der Ausstellung verlor. Man hat das Gefühl einer wohlwollend geführten Madenschiff einer kleinen aber mächtigen Partei oder Clique gegenüber zu stehen, an deren hohem Mißfall jeder Appell an Billigkeit und Gerechtigkeitsgefühl kraftlos abprallt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

10 Fragent Lohnform. Angestellte Beiträge beim Steuerabzug in Tabellenform von A. H. Hüsgen, Düsseldorf-Gerresheim. Selbstverlag des Verfassers. Reichsdruckerei 29.496 Bln. 8. Preis 75 s und 29 s Porto.

Zeit, eingehend zu diskutieren, wird niemand bestreiten. Aber zu dem, was man zu den Nebenbedingungen zu rechnen geneigt ist, gehört auch die Jugendfrage.

Deute muß man mit Bedauern feststellen, daß unsere Parteijugend zum allergrößten Teil sich in verletzten Händen befindet. In den jung-sozialistischen Vereinigungen, die sich vielerorts aufgetan haben, sind in der Hauptsache junge Studenten und andere Angehörige intellektueller Kreise die geistigen Führer.

Das muß anders werden. Wir müssen unsere Parteijugend, die sich leider in den allgemeinen Parteiveranstaltungen nicht wohlfühlt und nicht wohlfühlen kann, zusammenfassen. Wir müssen ihr das bieten, worauf sie als Jugend Anspruch hat und worauf die Partei in ihrer Gesamtheit nicht Rücksicht nehmen kann.

Aus dem Lande

\* Stuppferich (bei Durlach), 2. Okt. In unserem Ort ist die Ruhr ausgebrochen. Die Zahl der Erkrankten beträgt 20. 6 Todesfälle sind bereits vorgekommen.

\* Wollschaffhausen b. Weisach, 1. Okt. Dem Landwirt Karl Bräuer wurde vom Kommunalverband sämtliches Brotgetreide entzogen und ihm Brotkarten zugeteilt, weil er einen Raib Brot zu 18 M verkauft hätte.

\* Freiburg, 3. Okt. Die von einer auswärtigen Korrespondenz verbreitete Meldung, monach die Freiburger Arbeiterkass auf den umliegenden Gemeinden durch Demonstrationen einen Kartoffelpreis von 18 M für den Zentner durchgedrückt habe, ist unrichtig.

\* Wittensteyn (b. Heberlingen), 1. Okt. Ein bei Saffler Krauch aufbewahrt, gelabenes Jagdweibchen entlief sich durch unvorsichtige Handhabung des 10jährigen Sohnes. Der Schuh trat das 5jährige Küchlein durch den Rücken in die Lunge und hatte den Tod zur Folge.

\* Weiskirch, 2. Okt. In Hohenzollern haben sich die Landwirte dahin geeinigt, den einheimischen Arbeitern den Zentner Kartoffeln für 20 M zu verkaufen und nur den Fremden gegenüber mehr zu verlangen.

\* Kadelzell, 3. Okt. Im hiesigen Bahnhof wurde ein Baggon mit Obst beschlagnahmt. Das Obst war von einem württembergischen Verkäufer in Einpäckchen aufgelockert worden und zwar hatte er für den Doppelzentner 1 Apfelobst 160 M (!) und für den Doppelzentner 2 Apfelobst 120 M (!) bezahlt.

\* Von der Harbt. In den Harzorten werden von Aufkäufern Kartoffeln für 35 M pro Zentner aufgekauft und zwar wie sie der Stad liebert; also zur Schnapsfabrikation. Es ist geradezu unerhört, daß so etwas möglich ist. Wie uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, sollen tatsächlich eine Menge Kartoffeln in die Karlsruher Schnapsfabriken gewandert sein.

\* Heilbronn, 3. Okt. Die hiesige Polizei beschlagnahmt zwei Werber der Fremdenlegion und zwar einen Kaufmann von Buenos-Aires und einen Kellner von Berlin.

Etwas vom „Abbau der Viehpreise“

Man berichtet uns: Jetzt, wo so viel vom Abbau der Viehpreise gesprochen und geschrieben wurde, dürfte folgendes interessieren: Dieser Tage wollte ich in Ruggenheim eine junge Flegel kaufen und da verlangte mir der Bürgermeister für ein etwa 5 Monate altes Weisböckchen im Gewicht von 14 bis 15 Pfund die „Kleinigkeit“ von 800 M.

Badischer Frauenverein

\* Karlsruhe, 1. Okt. Am Casinosaal des ehem. Hotels „Blau“ fand gestern die Landesversammlung des Badischen Frauenvereins statt. Sie wurde von Geh. Rat Wilhelm Karlsruhe, dem Geschäftsführer des Badischen Frauenvereins, eröffnet und geleitet.

# Jugend und Sport

## Sportfest des Arbeiter-Sportkartells Karlsruhe

Die Witterung machte es dem Sportkartell am 28. September unmöglich, das projektirte Sport- und Turnfest programmäßig zu verwirklichen. In der Hoffnung, daß der kommende Sonntag, 3. Oktober, uns klarblauen Himmel und Sonnenschein — jodiel man eben für einen schönen Herbsttag braucht, um Lust und Freude zu humorischer und sportlicher Betätigung zu wecken — bringen wird, verschieben wir es auf den 3. Oktober. Und siehe da, alle Hoffnung war trügerisch und das Wetter genau so schlecht wie vor acht Tagen.

Die für den Nachmittag vorgesehenen Massenübungen, Reigenübungen, Mannschaftsläufe, Kunstturnen usw. konnte leider nicht durchgeführt werden und die dafür aufgewendete Zeit, Mühe und Arbeit, von den Kosten ganz zu schweigen, war auch diesmal wieder umsonst. Dagegen waren die Resultate der nachmittags stattgefundenen Einzelwettkämpfe trotz der schlechten Witterung g. T. sehr gut. Das Ergebnis derselben ist folgendes:

**Schachleistungen Hochsprung:** Rab u. Kästel je 1,70 Mtr. **Stabhochsprung:** Schäfer 2,90 Mtr., Franke 2,80 Mtr. **Speerwerfen:** Schäfer 24 Mtr., Franke 23,10 Mtr. **Kugelstoßen:** Schäfer 12 Mtr., Franke 10,40 Mtr. **100 Mtr. Lauf:** Schmitt 12,3 Sek., Fink 12,4 Sek. **Waldlauf:** Jutzend 6,16 Min., Wagner 6,17 Min., Langsam jahnen: Rimmigshäuser 2,28 Min., Rauch 1,57 Min. **Sindernwettkämpfe:** Werfel, Rimmigshäuser und Stahl je 55 Punkte.

Das Fußballwettkampft zwischen der ersten Mannschaft der Freien Turnerschaft Karlsruhe und Arbeiterturnverein Stein endete unentschieden mit dem Resultat 3:3; zweite Mannschaft 4:1 für Karlsruhe. Stein muß sich aber unbedingt sowohl im allgemeinen als auch im Einzelnen als Sieger im Spiel selbst ganz anderen Betrags befähigen. Gegen solche Manieren müßte die Schiedsrichter viel energischer einschreiten und Kraft ihres Amtes solche Auswüchse schon im Keime ersticken.

## Der Sport am gestrigen Sonntag

**Arbeiter-Turn- und Sportbund**  
 Klasse A: Fr. T. Karlsruhe — F. G. Stein 3:3.  
 Klasse B: Spod — Gegenstein 7:2; Kiedolsheim — Hüppert 3:0.

**Weitere Sportveranstaltungen.**  
 Die Ergebnisse des gestrigen Sonntags weisen folgende Resultate auf: F. T. Karlsruhe 2:0, F. G. Stein 2:0, Sp. G. Freiburg 3:1, V. F. R. Forstheim — Weierheim 2:0, Weierheim — F. G. Freiburg 1:1.

**Karlsruhe — 1. F. G. Weingarten 6:3.** Frantonia tritt in veränderter Aufstellung an, und kann in den ersten 30 Minuten Tore eringen, dem Weingarten bis zur Pause nur eines entgegengehen kann. Nach Seitenwechsel gelingt es Weingarten noch zweimal einzufinden, während Frantonia nur noch einen Erfolg erzielen kann. Beim Schlußpfiff trennen sich die Parteien mit 6:3 für Frantonia. Frantonia 2 — Weingarten 2; Frantonia 3 — Weingarten 3; Frantonia 4 — Weingarten 4; Frantonia 5 — Weingarten 5; Frantonia 6 — Weingarten 6.

## Aus der Stadt

Karlsruhe, 4. Oktober.

### Karlsruhe, die teuerste Stadt Badens

Am für die Reichsarbeitministerien zu führenden Verhandlungen über Lohnsätze und Lohnpolitik eine Unterlage zu erhalten, wurden über die Feuerungsverhältnisse in den verschiedenen Städten statistische Erhebungen veranstaltet. Herr Dr. Ehrler-Freiburg veröffentlicht nun in der „Karlsruher Zeitung“ das Ergebnis der Erhebungen in badischen Städten über 10.000 Einwohner. Zugrundegelegt wurde der Aufwand für Heizungs- und Brennstoffe, sowie Wohnung (2 Zimmer und Küche) für eine Familie von 2 Erwachsenen, 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren.

Als teuerste Stadt rangiert in der Statistik — Karlsruhe mit einer Feuerungsgebühr von 922 M im Juni 1920 gegenüber 893 M im Dezember 1919. Karlsruhe ist also nicht nur Landeshauptstadt, sondern auch in der unglücklichen Lage, das teuerste Pflaster Badens zu sein. Nicht einmal Lörrach, das sonst als Geringfügig über ungünstige Verhältnisse zu klagen hat, bezeichnet sich hohe Feuerungsgebühren wie Karlsruhe, sie betragen in Lörrach 871 M im Juni 1920 gegenüber 839 M im Dezember 1919. Nur in der prozentualen Zunahme der Feuerung seit Dezember 1919 steht Lörrach an der Spitze und zwar mit 156,9 Proz., ihm folgt dann Karlsruhe mit 134,6 Proz., Mannheim 128,8, Weierheim 130,9, Weierhof 114,2, Freiburg 112,9, Offenburg 111,5, Forstheim 109,2, Baden 100; die geringste Steigerung haben aufzuweisen Durlach mit 89,9 und Rastatt mit 94,7 Prozent.

Diese Ziffern gelten also bis Juni 1920. Da sich seitdem die Feuerung wieder in aufwärtssteigender Kurve bewegt, so sind sie natürlich heute nicht mehr maßgebend, sondern ein bedeutendes Höher. Die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung hat also wiederum eine Verschlechterung zu verzeichnen, welche durch Lohn- und Gehaltserhöhung nicht ausgeglichen werden konnte.

### Lichtbildvorträge Laube

Heute mittags 5 Uhr im großen Rathhausaal Lichtbildvortrag des Gen. Laube für Schüler und Schülerinnen: Deutsche Märchen; eine Reise durch Deutschland. Eintritt 25 S.

Heute abends 8 Uhr im großen Rathhausaal für Erwachsene: Einführung in die Naturwissenschaften I: Die Geschichte der Umwelt. Eintritt 1 M 15 S.

Jedermann ist zu den Vorträgen eingeladen.

### Die Großschiffahrtswege vom Rhein zur Donau und ihre technischen Einrichtungen

Die Reihe der im Zusammenhang mit der Schiffahrts- und Wasserkräftausstellung in Karlsruhe stehenden Vorträge eröffnete Samstag abend Herr Stadtbauinspektor Ehrler-Mannheim mit einem instruktiven Lichtbildvortrag über die Großschiffahrtswege vom Rhein zur Donau und ihre technischen Einrichtungen. Der Redner gab in leichtverständlicher Weise an Hand zahlreicher Lichtbilder einen Überblick über die bereits geschaffenen Schiffahrtswege und in besonders eingehender Weise die in unserer engeren Heimatlande geplanten und zum Teil bereits in Angriff genommenen Kanalbauten und Flußregulierungen, wie die Kanalifizierung des Neckars von Mannheim nach Württemberg, des Oberrheins vom Wobensee nach Basel und die Verbindung des Bodensees mit der Donau. Der Vortrag, welchem vor allem war, daß er auch dem Laien vollkommen verständlich war, zeigte auf der einen Seite, welche Höhe unsere Technik erreicht hat, wie die Ingenieure und Techniker reißlos nach neuen Wegen der Schiffahrt zu überwinden, welche wirtschaftliche Bedeutung aber auch die Verwirklichung dieser Kanalbauten für unser engeres und weiteres Heimatland hat. Der zweite Teil des Vortrags, die Bedeutung der Schiffahrtswege und die Bedeutung der Flüsse für Wirtschaft, Handel und Verkehr mei-

testen Kreisen klar zu machen, dürfte vollkommen erreicht worden sein; das zeigte auch der starke Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer.

### Vorträge anlässlich der Schiffahrts- und Wasserkräftausstellung

Es finden statt: Mittwoch, 6. Okt., 6—7 Uhr abends, Lichtbildvortrag über den ersten Preisentwurf der Schiffahrtswege des Oberrheins Basel—Konstanz. Redner: Direktor Gudwiler-Basel. — Freitag, 8. Okt., 6—7 Uhr abends: Lichtbildvortrag über den zweiten Preisentwurf der Schiffahrtswege des Oberrheins. Redner: Direktor Gübler-Mannheim. — Montag, 11. Okt., 6—7 Uhr abends, Lichtbildvortrag über den dritten Preisentwurf der Schiffahrtswege des Oberrheins. Redner: Dr. Ing. Verschinger-Büdingen. — Dienstag, 12. Okt.: Großer Schiffahrts- und Wasserkräftkongress in der Festhalle. — Donnerstag, 14. Okt., 6—7 Uhr abends, Vortrag: „Zwischen Rhein und Donau“. Redner: Prof. Emden-Neckargemünd. — Samstag, 16. Okt., 6—7 Uhr abends: Lichtbildvortrag von Geh. Oberbaudirektor Prof. Dr. Ing. Reibsch-Neckar über: „Die Bedeutung des Verkehrsnetzes für den Wasserbau“. — Sonntag, 17. Okt., 5—6 Uhr nachm., Lichtbildvortrag von Stadtbauinspektor Ehrler-Mannheim über: „Siedelung, Heimatschutz und Wasserkräfte“.

**S. Mühlburg.** Morgen Dienstag, 5. d. M., finden im Saal der „3 Linden“ Lichtbildvorträge statt, und zwar nachmittags 4 1/2 Uhr für Kinder (Eintritt 20 S.), abends 7 1/2 Uhr für Erwachsene (Eintritt 1,25 M.). Thema für Kinder: Märchen. — „Zum Saalbau“, Vorträge: „Zum Hirsch“, „Harbitz“, „Zigarenhandl. Renna“, „Saul Koch“, „Philippstraße 26“, „Max Hertel“, Vorträge 48. Zu zahlreichem Besuch ladet ein die sozialdem. Bezirksleitung.

**Frauenversammlung.** Die am 30. Sept. stattgefundene Frauenversammlung hatte einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über „Wohlfahrtspflege“ sowie Wahlen zu der am 3. Oktober stattfindenden Frauenkonferenz. Genossin Blum-Baden-Baden, welche für diesen Abend gewonnen war, hatte in letzter Stunde abgelehnt, worauf Genossin Fischer deren Referat übernahm. Die Referentin streifte die Gebiete, welche die Frau am meisten betreffen, insbesondere auf den Gebieten der Säuglingsfürsorge, in den Jugendämtern, Jugendfürsorge. Durch das infolge des Krieges entstandene Wohnungsproblem, muß die Frau berufen, auch in der Wohnungswirtschaft praktisch mitzuarbeiten. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Gen. Schmeidt behandelte sehr ausführlich die Neuerteilung der sogenannten Fürsorgestellen. Sehr zu begrüßen ist der Besatz des Armenamtes, an dessen Stelle das Fürsorgeamt A. getreten ist. — Auch ist beabsichtigt, im Laufe des Winters wieder Kurse für Frauen einzurichten, für die sich zwei Parteigenossinnen zur Verfügung stellen. Mit der Aufforderung zur regen Mitarbeit schloß Genossin Müller nach 1 1/2 Uhr die so lebhafteste Versammlung.

**Bürgerauschussung.** Nach langer Pause findet nun am Freitag, 2. Oktober, mittags 4 Uhr eine Bürgerauschussung statt.

**(2) Arbeiterbildungsverein.** Am Montag abend sprach vor einem außerordentlich großen Hörerkreis Dr. Alfred Kotschilb über: „Hypnotismus und seine gerichtliche und medizinische Bedeutung“. Der Redner ging bei seinen Betrachtungen vom Weltkrieg aus, er schilderte die Suggestionserfahrungen, die sich aus der Kriegserklärung ergaben. Derartige Massenuggestionen hatten nichts Uebernatürliches an, da sie auf einer natürlichen Eigenschaft unseres Gehirns — der Beeinflussbarkeit — beruhen. Auch der Hypnose hat nichts Uebernatürliches an — es liegen ihr gesetzmäßige Vorgänge unter Organismus zugrunde. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft stellt die Hypnose einen schlafähnlichen Zustand dar, bei dem das Bewußtsein künstlich ausgeschaltet wird. In zahlreichem Beispielen erörterte der Redner die strafrechtliche Bedeutung der Hypnose, wie Hypnotische Verbrechen begehen, oder auch Objekte für Verbrechen werden können. Einem gewissen Schutz trägt der Hypnotische in sich, da er bald unwillkürlich die Hypnotisierungs-Intention aber große Gefahren liegen im Hypnotismus besonders deshalb, weil er auch von Laien ausgeübt wird. Es sollte eigentlich gezielte Regelung unterliegen, wenn das Hypnotisieren gestattet ist. Das Gebiet der hypnotischen Selbstbehandlung hat sich seit dem Kriege wesentlich erweitert. Ohne das Gebiet eigentlichen Experimentierens zu betreten, führte der Redner eine Rosthypnose vor, zu der der Befehl 7 Stunden vorher gegeben worden war, und einige andere Fälle von tiefen und oberflächlichen Hypnosien zu schildern. Aufgabe der Zukunft bleibt es, dieses Dunkel und Rätselhafte im Ablauf unseres Seelenlebens aufzuklären. Mit seinen hochinteressanten Darlegungen und seinen belehrenden Beispielen fand der Redner bei einer überaus großen Hörerschaft dankbaren Beifall.

**Der Volkshilfsbund** hält morgen Dienstag seine Landesversammlung ab. Professor Dietrich wird über die Volkshilfsbewegung in Baden sprechen und Herr Stadtpfarrer Kötter über die Bedeutung der Landesstreikwahlen und die Aufgaben der kommenden Landeskonferenz.

**Selbstmord.** Heute morgen sprang vom ersten Arbeiterzug ein Arbeiter von dem in voller Fahrt befindlichen Zug ab. Der Mann wurde getötet, beide Hände wurden ihm abgefahren.

**p. Zusammenstoß.** Ein Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Wagen der elektrischen Straßenbahn erfolgte gestern nachmittags Ecke Rhein- und Harbitzstraße. Das Auto und der Straßenbahnwagen wurden erheblich beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

**Verhaftet** wurde ein vom Polizeipräsident in Berlin wegen Mordes gefuchter Tagelöhner aus Saarbrücken.

**Ausgehobenes Spielernetz.** Die Wohnungsabteilung hob am Samstag den 2. ds. Mts. im Nebenzimmer einer Wirtschaft in der Mittelstadt ein Spielernetz aus. Es wurden dort um ansehnliche Beträge Glücksspiele (Wochen) veranstaltet. Die Wirtin und 4 Spieler wurden zur Anzeige gebracht. Karten und ein neunennwertiger Betrag an Spielgeld wurden beschlagnahmt.

## Letzte Nachrichten

### Spaltung der U.S.P. in Württemberg

Stuttgart, 3. Okt. Auf der Landesversammlung der U.S.P. Württemberg, die Samstag und Sonntag in Cannstatt stattfand, wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach kürzlichen Debatten über die schließlich angenommenen Anträge der Anhänger der Rostauer Bedingungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Versammlungssaal, während die Anhänger Rostaus, an Zahl 170 Delegierte, weiter tagten. Während Sieder über die dritte Internationale referierte, schloß ein Bericht Crispicus zur Erhaltung eines Referates, das er mit der Minderheit gegangen war, schloß. Die Minderheit tagte in einem anderen Saal und erließ eine Proklamation, in der sie sich als die rechtmäßige U.S.P. Württemberg erklärt und dem bisherigen Landesvorstand das Vertrauen auspricht.

### Vom französischen Gewerkschaftskongress

Paris, 3. Okt. Nach einer Meldung aus Orleans ist im französischen Gewerkschaftskongress gestern mit 1478 gegen 602 Stimmen die Tagesordnung der aus gemäßigten Elementen bestehenden Minderheit angenommen worden. In der Tagesordnung der Minderheit wird erklärt, daß man sich vollkommen auf dem Boden

der zu Lyon im vorigen Jahre angenommenen Resolution stellt und ohne Vorbehalt den revolutionären Endzweck bekräftigt. Die Resolution spricht sich ferner für die Nationalisierung der wesentlichen Industrien und Austauschmittel aus und bekämpft sich gegen gewerkschaftlichen Internationalismus. Die Entscheidung verurteilt schließlich die Politik der französischen Regierung, die ein Instrument der Weltreaktion sei. Endlich wird die vollkommene Solidarität mit dem revolutionären Rußland ausgesprochen.

Die Minderheit des Kongresses der G. G. F. hat in einer besonderen Sitzung beschlossen, ein revolutionäres Komitee zu bilden und der dritten Moskauer Internationale beizutreten, ohne immerhin die Selbständigkeit der französischen Gewerkschaftsbewegung aufzugeben.

### Die Franzosenherrschaft gegen die „befreiten Brüder“

Mülhausen, 2. Okt. Anlässlich seiner agitatorischen Tätigkeit während des letzten Generalkongress in Elzach-Lothringen ist, wie nach viele andere, auch der sog. Parteisekretär für Oberelzach in Mülhausen strafverurteilt worden. Am 11. September wurde er zum Antritt einer dreimonatigen Gefängnisstrafe nach dem Bezirksgefängnis in Kollmar abgeführt. Dort ist ihm nach Aussage eines entlassenen Strafgefangenen die sonst in den französischen Gefängnissen übliche Behandlung politischer Straflinge verweigert worden. Zum Protest habe er nun den Hungerstreik erklärt, den er nachdrücklich durchführen will. — Der unternormale Gewerkschaftssekretär Piffert ist in ähnlicher Sache vom Sterbebett seiner Frau weg verhaftet worden.

### Protest der Landwirtschaft gegen den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln

Berlin, 2. Okt. In einer Entschließung wendet sich der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft gegen den Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags, für die Kartoffelzuteilung einen Höchstpreis festzusetzen, da die Festlegung eines Höchstpreises mit der gesetzlich bestimmten freien Kartoffelzuteilung nach den Erfahrungen der Kriegszeit unvereinbar und undurchführbar sei. Ein solcher Zustand ist nicht nur dem Wohlfahrt der verbrauchenden Bevölkerung, sondern auch dem Handel für und vor und vernichtet jede Möglichkeit erfolgreicher Durchführung der zwischen den beteiligten Organisationen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher getroffenen Vereinbarungen.

### Spaltung der italienischen Sozialisten

Milano, 2. Okt. Nach dem Bericht des „Avanti“ über die Sitzung der Parteileitung der italienischen Sozialdemokratischen Partei beharren die Extremisten auf der Ausschließung aller derjenigen Mitglieder aus der Partei, die gegen die Anwendung von Gewalt sind.

Der „Corriere della Sera“ schreibt, daß sich bei der Diskussion über die Stellungnahme der Partei zur dritten Internationale zwei Richtungen geltend machten, die eine Richtung wird vertreten von Serrati, dem Direktor des „Avanti“, der die Möglichkeit vertritt, in der italienischen sozialdemokratischen Partei die gesamte Partei der Sozialisten zu einer revolutionären Aktion vereinigen zu können, seine Gegner beharren auf Reinigung der Partei, die sich nicht bloß auf einige Männer beschränken dürfe.

Die Zeitungen melden, daß die Debatte, die vier Tage dauerte, mit einem Siege der extremistischen Richtung endete. Der „Corriere della Sera“ erklart in dem Siege der kommunistischen Tagesordnung den Eintritt der Spaltung in der sozialdemokratischen Partei. Die sozialdemokratische Parteileitung habe dem „Corriere della Sera“ zufolge, Serrati eingeladen, bis zum Zusammentritt des Landeskongresses auf seinem Posten zu bleiben. Dieser Kongress soll vom 29. Dezember bis 2. Januar 1921 in Florenz tagen. Die Spaltung auf dem Kongresse in Florenz erfolgte unvermeidlich.

### Valuta-Bericht vom 2. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 10,15 Fr. Auszahlung Holland notierte etwa 19,10 M. per Holl. Gulden; Schweiz etwa 9,55 M. per Schw. Fr.; England etwa 213,50 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich etwa 4,12 M. per franz. Fr.; New York etwa 61,20 M. per Dollar.

### Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 4. Oktober 1920

Ein gestern am Nordrand der Alpen gelegener flacher Teilwetter war für die Wettergestaltung Süddeutschlands ausschlaggebend. Dementsprechend herrschte hier überwiegend trübes und vielfach regnerisches Wetter. Im übrigen hat die Wetterlage Europas seit Samstag wesentliche Veränderungen erfahren. Kräftige atlantische Sturmwinde sind bis nach Westeuropa vorgezogen; auf den britischen Inseln und im Nord- und Ostseegebiet wehen daher sehr stürmische Winde, im Westen beginnt sich erneut ein Regengebiet auszubreiten. Nach dem Steigen des Barometers muß geschlossen werden, daß sich das nordöstliche Hochdruckgebiet etwas südwärts verlagert und die nordwestl. Sturmwinde infolgedessen zunächst noch nicht in das Binnenland eindringen. — Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, den 5. Okt. nachts: Bei Winden aus östlichen Richtungen vorübergehend geringe Besserung.

### Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 193, gef. 14; Rehl 284, gef. 14; Maxau 469, gef. 8; Mannheim 378, gef. 8.

### Briefkasten der Redaktion

Germania-Sportfreunde. Das Eingekamte traf erst Samstag mittags ein.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

### Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Mittwoch, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im „Elefanten“ Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch vorzeigen. 5711 Die Ortsverwaltung.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft e. V.) Heute abend 8 Uhr Monatsversammlung. Wegen der bevorstehenden Generalversammlung werden die Mitglieder, die Anteilnahme an Baukosten übernehmen haben, ersucht, bis spätestens 15. Oktober mit dem Hauptkassier abzurechnen.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Josef, B. Risse Bienenhof, Kaufmann. Franz Anton, B. Ludwig, Hans Meßger und Wirt. Hermann Willi, B. Arthur Jutz, Mechaniker. Olof Garro, B. Hermann Jurell, Architekt. Anneliese Kathilde, B. Karl Ganter, Oberverwaltungssekretär. Grete, B. Leonhard Dautz, Wechner. Hildegard Helene, B. Bruno Hänsch, Bürohilfe. Anneliese Hildegard, B. E. Scherbel, Lokomotivführer. Maria Marie Luise, B. Wilhelm Lutz, Versicherungsbeamter.

Todesfälle. Wilhelm Dittes, Bautechniker. Chemann, alt 87 Jahre. Ga. Zellner, Bahnverwalter a. D., Chemann, alt 70 Jahre. Friedrich Krebs, Schlosser, Chemann, alt 78 Jahre. Rosa Wolf, alt 61 J., Ehefrau des Ebnagogenbieters Jakob Wolf. Erna, alt 3 J., B. Georg Gattor, Polizeiwachtmeister.

**Den Schutz der Mieter betr.**  
Nachstehend bringen wir die untern 23. 9. 1920 in ihrer Geltungsbauer neuerlich verlängerte Anordnung des Arbeitsministeriums in der neuen Fassung zur öffentlichen Kenntnis:

Anordnung des Arbeitsministeriums vom 23. September 1920.

Auf Grund des § 5 a der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 ordnen wir mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers und im Einverständnis mit dem Badischen Justizministerium für die Stadt Karlsruhe an, daß die zwangsweise Räumung einer Wohnung für die Zeit bis zum 30. September 1921 nicht erfolgen darf, wenn die Gemeindebehörde (Wohnungsamt) bescheinigt, daß der Inhaber der Wohnung bei Durchführung der Räumung wohnungslos werden würde.

Karlsruhe, den 28. September 1920.  
2727 Bezirksamt III. O. 3. 277

Aufhebung des § 71 der Bauordnung der Stadt Karlsruhe betr.

Mit Zustimmung des Stadtrats und Vollziehbarerklärung des Herrn Landeskommissars vom 22. September Nr. 7736 wird § 71 der Bauordnung für die Stadt Karlsruhe vom 19. März 1912, wonach Brandmauern an jedem Punkte die anstoßende Dachfläche um mindestens 0,30 Meter überragen müssen, aufgehoben.

Karlsruhe, den 27. September 1920.  
2728 Bezirksamt III. O. 3. 276.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf Freitag, den 22. Oktober d. J., nachmittags 4 Uhr,

**Tagesordnung:**

1. Darlehen an die „Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft“ (Nr. 82).
2. Änderung des Gemeindebeschlusses über die Erhebung der Gebühren für die Ortsbaukontrolle (Nr. 80).
3. Änderung des Gemeindebeschlusses bezüglich des Bezugs der Grundstückeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugsanlagen (Nr. 90).
4. Erhöhung der Steinabgaben (Nr. 91).
5. Vergütung der Mitglieder der amtlichen Schenkungskommission (Nr. 81).
6. Beitritt der Stadtgemeinde zum Giroverband bad. Gemeindeparzellen (Nr. 8).
7. Erwerbung der Dampfsiegelei Rappenhof (Nr. 83).
8. Erwerbung der Grundstücke Lsg. Nr. 7352/53 u. a. (Nr. 84).
9. Erwerbung der Grundstücke Lsg. Nr. 5106/08 und 8615/17, Lsg. Nr. 7542/44 (Nr. 85).
10. Erwerbung der Immobilien Karl-Friedrichstraße Nr. 21 und 22 (Nr. 86).
11. Verkauf des Grundstücks Lsg. Nr. 10 408 an den Bahnarbeiter Friedrich Steuerwald (Nr. 87).
12. Erweiterung des Kabelnetzes und Vermehrung der Reletransformatorien (Nr. 88).
13. Gemeindefachtarif mit der Albtalbahn (Nr. 92).
14. Fortführung der Straßenbahn nach Weierheim (Nr. 93).

Karlsruhe, den 2. Oktober 1920.  
Der Oberbürgermeister.

Die Leistung des Geschworenens und Schöffenbüros betr.

Die Urliste für den Geschworenens- und Schöffenbüros liegt vom 4. bis einschließlich 3. Oktober ds. J. bei der Stadtkanzlei, Abt. III, Karlsruherstr. 8, 4. Stock, Zimmer Nr. 179 — Eingang von der Bähringerstraße — zu jedermanns Einsicht offen.

Etwasige Einsprachen gegen die Richtigkeit der Urliste können innerhalb dieser Frist schriftlich oder zu Protokoll dafelbst erhoben werden.  
Karlsruhe, den 1. Oktober 1920.  
Das Bürgermeisteramt.

**Grundstücks-Zwangsvollstreckung.**

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lagerbuch Nr. 9326: 6 a 21 qm Hofraute mit Gebäuden, Breitestraße 39, 3 a Hausgarten, auf 9 a 21 qm.

Schätzung: 18 000 Mark.  
Vollstreckungstermin: Freitag, den 15. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adamiestraße 8.

Richtliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.  
Karlsruhe, den 14. August 1920.  
Vad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

**Badischer Baubund**  
G. m. b. H.

**Möbelabteilung.**

Wir arbeiten mit dem Badischen Handwerk Hand in Hand.  
**Preisnachlässe**  
die uns unsere Möbelhersteller gewähren, um in der stillen Zeit die Arbeiter beschäftigen zu können, lassen wir unsern Möbelkäufern zu Gute kommen.  
Aus unserm Lagerbestand geben wir bis auf weiteres bestimmte Modelle bei Barzahlung zum Selbstkostenpreis ab.  
Die stillen Geschäftsmonate September und Oktober bringen daher dem Möbelkäufer Vorteile, ein gesteigerter Umsatz, dem Handwerker Arbeit.

**Badischer Baubund G. m. b. H.**  
Verkaufsstelle Karlsruhe

Karl-Friedrichstraße 22 Telefon 5157.

Verkauf gegen bar oder erleichterte Zahlungsbedingungen. 5170

**Preiswerte Baumwollwaren**

- Wäschetuch weiss, ca. 90 cm br. Mtr. 18.50
- Köber-Flanell gebleicht, ca. 80 cm breit Mtr. 18.50
- Flanell für Hemden und Blusen ca. 90 cm breit . . . . . 19.75
- Kleider-Felours vorzügliche Qualität . . . . . Mtr. 22.50
- Veloutine moderne Farben, ca. 90 cm br. für Kleider, Blusen usw. Mtr. 29.75
- Bettbarchent rot und blau, ca. 80 cm breit . . . . . Mtr. 24.50
- Frottier-Handtücher gestreift Stück 8.75
- Taschentücher weiss, für Damen und Herren Stück 2.90

**Regia-Damentuch**  
unverwüstliche Qualität, in vielen Farben, für Kleider, Kostüme, Knaben-Anzüge usw. . . . . Mtr. 58<sup>50</sup>

**HERMANN TIETZ.**

**Photodrama der Schöpfung**

Heute Montag, den 4. Oktober, 1/2 6 Uhr, in der „Festhalle“

**Vorführung nur für Kinder keinen Zutritt**

haben. Näheres Plakatsäulen. 5726

Gebühr 20 Pfg. Kopfsteuer nur an der Kasse zu zahlen.

**Vereinigung ernster Bibelforscher.**

**Einhausgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H.**  
Ab Dienstag den 5. Oktober beginnt am alten Personbahnhof die

**Kartoffel-Abgabe**

an unsere Genossenschaft. Zuerst werden die Genossenschaftler beliefert, die Bestellheftchen bei uns oder bei einer unserer Abgabestellen abgegeben haben. Die Belieferung erfolgt buchstabenweise. Es wird dies jeweils in den hiesigen Tageszeitungen bekannt gegeben. Sende sind mitzubringen. Für Fuhrwert ist Sorge zu tragen. Abgabepreis vorläufig 32.50 M pro Htr. Mitgliedskarte ist vorzulegen.  
Am Dienstag den 5. Oktober Kartoffelabgabe an Besteller Buchstabe A, B, C.

**Raufmännischer Verein e. V. Karlsruhe.**

Ab Dienstag, den 5. Oktober 1920, ist die Bibliothek jeden Dienstag abends von 1/2 8 bis 9 Uhr im Vereinslokal, Zirkel 19 a, wieder geöffnet. Unter den neu eingegangenen Büchern befinden sich Werke von Binding, Brod, Gsellern, Gerh. Hauptmann, H. Holländer, Schirrauer, Sinclair (Herm. Jesse), Roland, Rabindranath Tagore, Werfel, Wilde u. a. m.  
Der Vorstand.

In unseren Verkaufsstellen ist schönes

**Tafel- u. Edelobst (Lagerobst)**

zu haben.

**Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.**

Zur Wiederverarbeitung laufe Gegenstände aller Art

**Platina, Gold und Silber**

und bezahle die höchsten Tagespreise.

Carl Kuwacarter, Kriegsstraße 81, barterre.



**Ulster nur eigene Fabrikate**  
in verschiedenen Formen und Farben  
390.— 475.— 575.— netto.

**Blatin**

mit Gold — Silber — Brennstifte — Zähne

**Gebisse**

läuft zu gewöhnlichen Zwecken. Höchste Preise.

W. Jung, Kaiserstr. 9, 1 Treppen. Nur von 1/2 9 bis 1/2 12, 1/2 bis 1/2 6 Uhr. Telefon 4104.

**Kleider!**

Uniformen, Schuhe, Wäsche, Vorhänge u. Federbetten laufe jetzt während zu höchsten Preisen

S. Ugelrad  
Tel. 3980. Offenbachstr. 32.

**Stärke-**

Leib- und Haushalt-

**Wäsche**

übernimmt bei kurzer Lieferzeit

**Dampfwäsch-Anstalt A. Lau**

Karlsruhe  
Annahmestellen:  
Augartenstraße 37.  
Laden  
Scherrstraße 10 a.  
Schützenstr. 48, Laden.  
Sofienstr. 13, Laden  
Waldhornstr. 31, Laden (Eingang Zähringerstraße).

Knüllungen:  
Hauptstr. 94, Laden

**Auf sofort tätiges Mädchen**

ge sucht, welches selbstständig kochen kann. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. 5896  
Franz Bandirator Krüger, Stefaniestraße 24.

**Im Künstlerhaus Kammerspiele**

Montag, den 4. Oktober 1920  
**Abschied auf Ogygia**  
Schauspiel von Edwin Krutina  
Musik von H. Cassimir.

**Jephthas Tochter**

Schauspiel v. Ferd. Rab, Musik v. M. Stoidel.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Zu diesen Kammerspielen erhalten die Mitglieder des Vereins bildender Künstler Plätze zum ermäßigten Preis von 10 Mark und 8 Mark an der Theaterkasse.

**Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.**

**Zahnarzt Mahlbacher**

Schützenstrasse 7 II.

**Schreibmaschinen aller Systeme repariert schnell und billig**



**Karl Hafner**

Karlsruhe i. B.  
Amalienstr. 51. ♦ Fernspr. 2127.

**Bestellung von Annahmestellen für Wertpapiere zur Entrichtung des Reichsnotezahlers**

Folgende badische Sparcassen haben sich bereit erklärt, selbstgezeichnete Kriegsanleihe-Stücke zur Entrichtung des Reichsnotezahlers entgegenzunehmen:

1. Die städt. Sparcasse Katern, 2. die Sparcasse Adelsheim, 3. die Sparcasse Baden, 4. die Sparcasse Pfenzen und Sparcasse Rindorf i. Schmalen, 5. die Sparcasse Borsberg, 6. die Sparcasse Eichen, 7. die städt. Sparcasse Bühl (Baden), 8. die Sparcasse Donaueschingen, 9. die städt. Sparcasse Durlach, 10. die Sparcasse und Pfenzen Sparcasse Eberbach a. N., 11. die Hochberger Sparcasse in Emmendingen, 12. die Sparcasse und Pfenzen Sparcasse Engen, 13. die Sparcasse Eppingen, 14. die Sparcasse Ettlingen, 15. die städt. Sparcasse Freiburg i. N., 16. die Sparcasse Furtwangen, 17. die Sparcasse Gengenbach, 18. die Sparcasse Gernsbach, 19. die Sparcasse Graben, 20. die Bezirksparcasse Haslach i. N., 21. die Gemeindeparcasse Heidesheim, 22. die städt. Sparcasse in Heidelberg, 23. die Sparcasse Heiligenberg, 24. die Sparcasse Heidenheim, 25. die Sparcasse Hornberg, 26. die Sparcasse Kegeningen, 27. die städt. Sparcasse Kienzingen, 28. die Sparcasse Kahr, 29. die städt. Sparcasse Mannheim, 30. die Sparcasse Neerburg, 31. die Sparcasse Nenzen, 32. die Sparcasse Neulingen, 33. die Bezirksparcasse Neuland, 34. die Bezirksparcasse Mühlheim, 35. die Sparcasse Oberkirch, 36. die Sparcasse Oberbrunnen, 37. die städt. Sparcasse Pforzheim, 38. die Sparcasse Pfullendorf, 39. die Bezirksparcasse Radolfzell, 40. die Sparcasse Rastatt, 41. die Sparcasse Reichenau, 42. die Sparcasse Reichen, 43. die Sparcasse und Pfenzen Sparcasse Seem, 44. die Sparcasse St. Leon, 45. die Sparcasse Scharzhof, 46. die städt. Sparcasse Schwenningen, 47. die Bezirksparcasse Staufen, 48. die Bezirksparcasse Triberg, 49. die Sparcasse und Pfenzen Sparcasse Böhrenbach, 50. die städt. Sparcasse Waldkirch i. N., 51. die Sparcasse Wiesloch, 52. die Sparcasse Wolfach.

Bei den genannten Sparcassen können auch bare Vorauszahlungen auf das Reichsnotezahlers geleistet werden.

Als Annahmestelle zugleich auch für andere Schuldverschreibungen und Schenkungsanweisungen des Deutschen Reichs gilt neben den familiären badischen Bezirkssteuerverrechnungsstellen (Finanzämter und Sautzfeuerämter) die Badische Bank in Mannheim und ihre Zweigniederlassung in Karlsruhe. 2729  
Das bare Vorauszahlen auf das Reichsnotezahlers bei den Bezirkssteuerverrechnungsstellen in den fünf großen Städten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim an deren Stelle bei den Steuernehmern angenommen werden, ist schon früher bekannt gegeben worden.  
Karlsruhe, den 30. September 1920.  
Finanzamt I und II.

**Wanzentod**

zur Selbstverteilung in einem Hause der Städt. Wanzentod, erhältlich bei U. S. A. Fr. Springer  
Markgrafenstr. 52  
Karlsruhe - Tel. 3263

**Offenburger Anzeigen.**

**Lebensmittel-Versorgung**

für die Zeit vom 4. bis 10. Oktober 1920.  
Verkauf wird ab Mittwoch:  
Kunsthof in Paketen, Kopfmenge 250 G.  
3.85 M gegen die Lebensmittelkarte 178.  
Süßholz: Kopfmenge 1 Kilo 1.10 M gegen die Lebensmittelkarte 175.  
Amerik. Schweinefleisch: Kopfmenge 100 G.  
3.10 M gegen die Lebensmittelkarte L 47.  
Anmerkung für die Handlungen: Kundlich wird am Lager, Schweinefleisch Dienstag 2—4 Uhr nachmittags in der Städt. Wanzentod abgegeben.  
Offenburg, den 4. Oktober 1920.  
Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

**Rastatter Anzeigen.**

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß Muttertiere aus der Stadt Rastatt, welche in der ersten Hälfte der letzten Woche in der Rastatter Wanzentod (Zimmer 12) auf.  
Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß innerhalb einer Woche Jedermann die Urliste einsehen und gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit derselben schriftlich oder zu Protokoll Einsprache erheben kann.  
Personen, welche nach § 35 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Berufung zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen ablehnen dürfen, können ihre desfallsigen Gesuche binnen der Einsprachefrist beim Bürgermeisteramt mit den Nachweisungen anbringen.  
Rastatt, den 2. Oktober 1920.  
Renner.

**Am Montag, den 4. Oktober 1920,**

verlege ich meine Sprechstunden vom Bürgerspital in meine Privatwohnung

**Bismarckstrasse 5**

nächst dem Bahnhof.

**Augenarzt Dr. Dorff, Rastatt**

Sprechstunden: Werktags 10—12, 2—4 Uhr (außer Samstags nachmittags).

Fernsprech-Anschluss No. 116.

No. 1  
Die S...  
Aus der...  
Der Kar...  
1920 von de...  
25 Ml. pro...  
einen Anzei...  
stehungsstuf...  
sowohl ungu...  
jahr unter 9...  
Verbraucher...  
den mußten...  
Am dies...  
werte im B...  
von Mierun...  
mung befan...  
wurde der...  
rungen ein...  
Transport...  
Denner zug...  
die zur Abli...  
handeln, aus...  
zu lagern.  
Die Nie...  
sowohl wie...  
gaberten) u...  
beide Teile L...  
Mit der...  
Verorgung...  
abzuschließen...  
r möglichen...  
verlesen.  
28. Septemb...  
geführten B...  
Standpunkte...  
lage der S...  
maßegeben...  
Aus den...  
über 1920 i...  
rangsmitteln...  
gehenden Ju...  
gehalt wurde...  
auf die Reich...  
wurde dem...  
für den Kar...  
Die zwei...  
verbänden d...  
des Reichst...  
erits, daß...  
höhere Preis...  
Kartoffelwert...  
beim überfo...  
Süddeutsche...  
läßt nicht...  
dieses Jahre...  
zur der G...  
sich der Ver...  
mäßig frei...  
geb nahege...  
drücken Ver...  
tügen, was...  
Geschwöhr...  
Zell der Ver...  
Fambels, ni...  
tollphospho...  
Ministerium...  
einen beweg...  
preis erklärt...  
restlichen S...  
set wird, wer...  
hiesigen N...  
des Landes...  
Kämmer aus...  
wits bemer...  
Baden nicht...  
sich auf die...  
zu berufen.  
Wer...  
von nicht...  
Kartoffel...  
eignung.  
Wer...  
anwaltschaft...  
sich ein.  
Wer sch...  
Sächten zu...  
Fall den soz...  
Der Br...  
er hoch, daß...  
er sowie d...  
Schaffen kö...  
Sächten he...  
bedeutendes...  
hiesigen V...  
Am über...  
der Verbrau...  
erit begonne...  
Das Geschä...  
leher immer...  
der Stunde...  
Je mehr die...  
mit Angebot...  
aufzeichn...  
de